



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

16. November 2018

Wochenbericht KW 46

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 27 % bzw. 26 %, SPD bei 15 % bzw. 14 % Grüne bei 23 % bzw. 21 %, AfD zwischen 15 % und 13 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben negativer
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden weiter hoch USA werden als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigste Themen:	Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/ Abschiebungen Rückzugsankündigung von Angela Merkel, Nachfolgediskussion Seehofer als Innenminister, Rücktrittsankündigung

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	infratest dimap² für ARD
CDU/CSU	27 (-)	26 (+1)	26 (-)
SPD	14 (+1)	15 (-)	14 (-1)
FDP	9 (-)	8 (-)	8 (-2)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-)	9 (-1)
B'90/Grüne	23 (-1)	21 (-1)	23 (+6)
AfD	13 (-)	15 (-)	14 (-2)
Sonstige	5 (-)	6 (-)	6 (-)
Erhebungszeitraum	05.-09.11.	08.-14.11.	12.-14.11.

Die Union liegt bei forsa 13 (-1), bei infratest dimap 12 (+1) und bei Emnid 11 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	45 (-)
Nahles	11 (+1)
Merkel	39 (+1)
Scholz	21 (-)
Erhebungszeitraum	05.-09.11.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 34 (-1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 18 (+1) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

77 % (-1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (+1) Nahles. Von den CSU-Anhängern würden sich 56 % (-7) für Merkel und 4 % (-2) für Nahles entscheiden. 26 % (-1) der SPD-Anhänger präferieren Nahles und 33 % (-3) Merkel.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 68 % (-4) der CDU-Anhänger für Merkel und 10 % (+1) für Scholz aus; von den CSU-Anhängern würden sich 49 % (-7) für Merkel und 11 % (-1) für Scholz entscheiden. 45 % (-12) der SPD-Anhänger präferieren Scholz und 27 % (+6) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (18.11.2018)

² im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 41

Problemlösungskompetenz

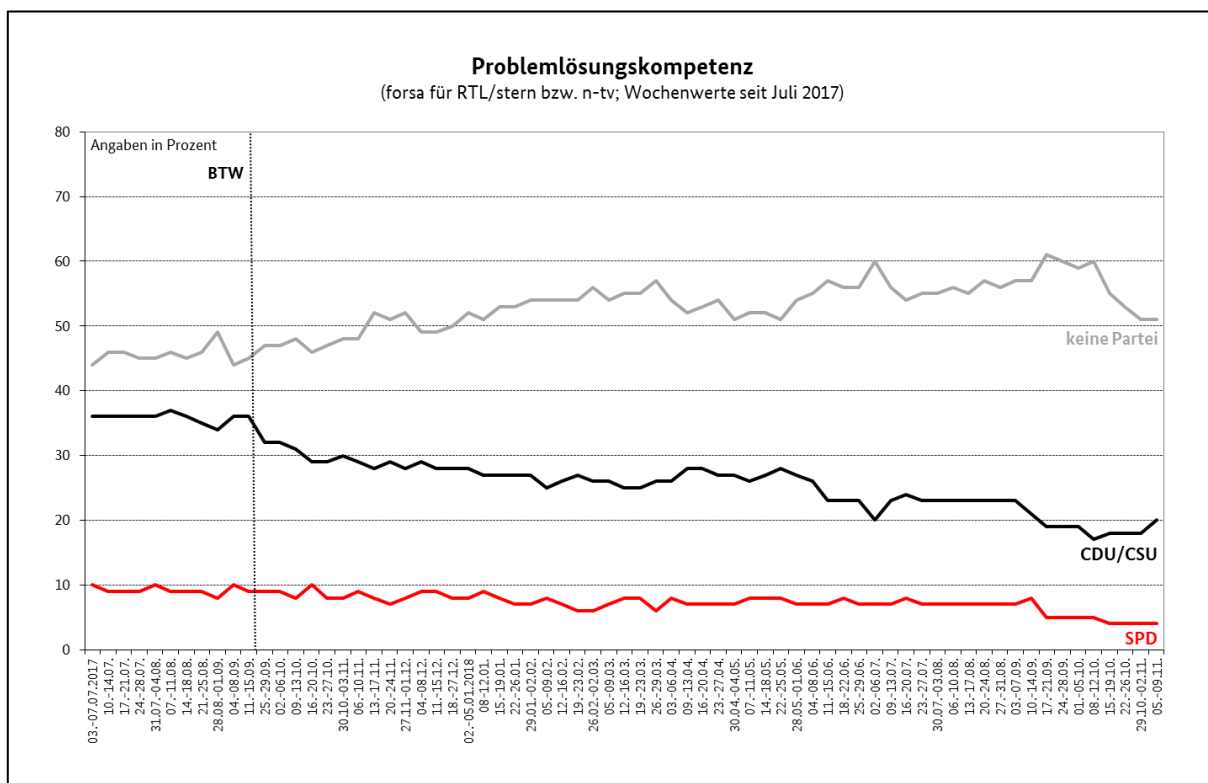
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	20 (+2)
SPD	4 (-)
sonstige Parteien	25 (-2)
keine Partei	51 (-)
Erhebungszeitraum	05.-09.11.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

51 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

58 % (+3) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 25 % (+2) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im November 2018

Erhebung für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Oktober 2018

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	72 (+1)	27 (-)	1 (-)	0 (-1)
Bedingungen der Pflege verbessern	69 (+3)	28 (-2)	2 (-1)	1 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	66 (+2)	32 (-)	2 (-2)	0 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	64 (+1)	32 (-1)	3 (-)	1 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	62 (+3)	32 (-6)	3 (+1)	3 (+3)
Steuerlast gerecht verteilen	53 (-1)	41 (+3)	5 (-1)	1 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	53 (+1)	40 (-1)	5 (-1)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	52 (+4)	37 (-4)	8 (+1)	2 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	50 (+3)	43 (-2)	5 (-1)	2 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	44 (+1)	39 (-4)	13 (+3)	4 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	41 (-3)	43 (+7)	12 (-2)	5 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	40 (-3)	47 (+2)	12 (+3)	1 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	38 (+2)	44 (-)	10 (-1)	8 (+1)
neue Technologien fördern	36 (+3)	46 (-6)	14 (+4)	4 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	36 (+2)	46 (-3)	16 (+1)	3 (+2)
Energiewende zügig vorantreiben	35 (-2)	42 (-4)	15 (-)	6 (+4)
deutsche Interessen in der EU vertreten	33 (+1)	53 (-2)	10 (-)	3 (+1)
Staatsschulden begrenzen	29 (+1)	48 (-2)	18 (+1)	3 (-1)
Verbraucherschutz stärken	27 (-3)	56 (+4)	15 (-)	2 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24 (-)	55 (-1)	17 (+2)	4 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	21 (+2)	56 (-6)	19 (+4)	3 (+1)
Erhebungszeitraum	07.-13.11.2018			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der SPD (86 %), der Linkspartei (82 %), der Grünen (80 %) und der FDP (78 %) als sehr wichtig angesehen. Personen mit mittlerer und hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (78 % zu 64 %).

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von Anhängern der Linkspartei (82 %), der Grünen (78 %) und der SPD (74 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen.

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im November 2018

Ernied für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Oktober 2018

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	66 (-2)	25 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	65 (-3)	25 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	64 (-)	28 (-2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	63 (+1)	34 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	56 (-)	42 (+1)
neue Technologien fördern	55 (-7)	35 (+5)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	55 (-1)	38 (+1)
Staatsschulden begrenzen	54 (-4)	34 (-)
Verbraucherschutz stärken	52 (-5)	41 (+5)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	50 (-3)	44 (+4)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	46 (-4)	50 (+4)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	45 (-1)	54 (+2)
Energiewende zügig vorantreiben	42 (-)	55 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	40 (-5)	51 (+5)
Gesundheitswesen modernisieren	36 (-5)	59 (+7)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	35 (-6)	62 (+7)
Altersversorgung langfristig sichern	32 (-1)	65 (+2)
Bedingungen der Pflege verbessern	32 (-1)	65 (+2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	30 (-3)	67 (+5)
Zuwanderung von Ausländern regeln	29 (-2)	68 (+4)
Steuerlast gerecht verteilen	25 (-7)	71 (+7)
Erhebungszeitraum	07.-13.11.2018	

Lediglich in 9 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Vergleich zum Vormonat ist in fast allen Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, gesunken. Das gilt besonders für die Bereiche "neue Technologien fördern" und "Steuerlast gerecht verteilen" (-7 Prozentpunkte).

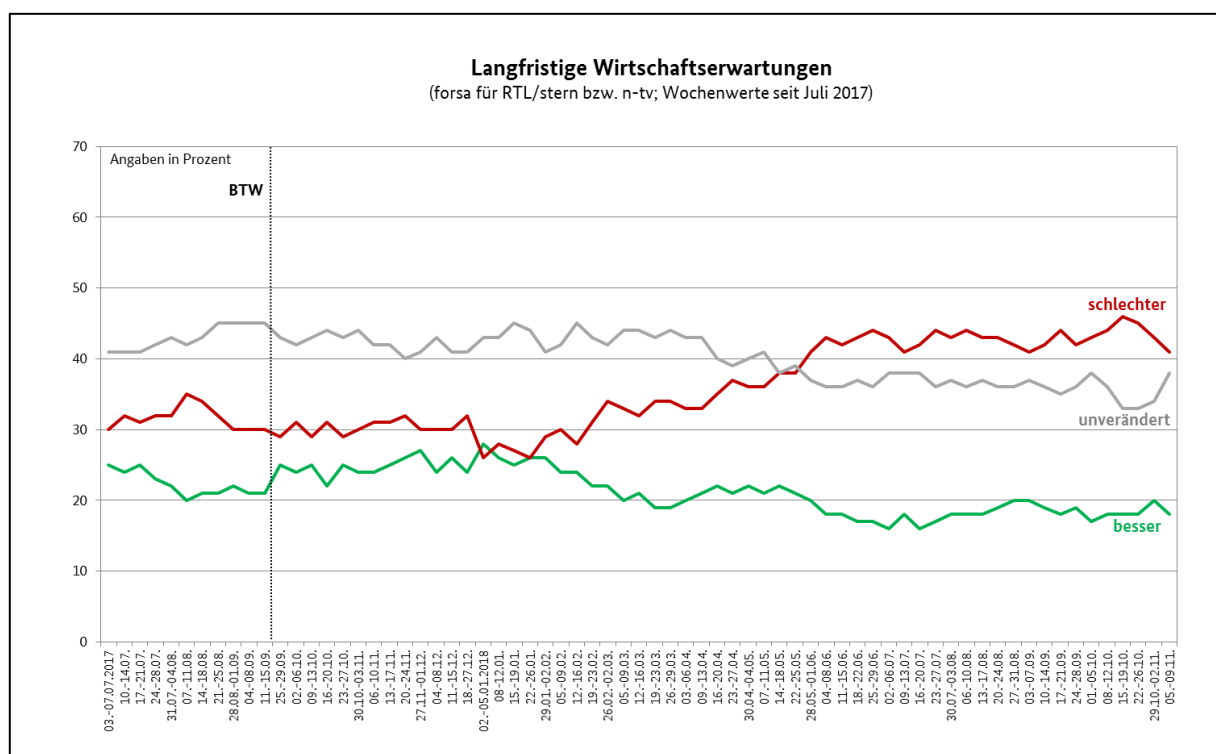
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	18	(-2)
schlechter	41	(-2)
unverändert	38	(+4)
Erhebungszeitraum	05.-09.11.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 23 (-) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA	
sehr große	13	(+2)
große	44	(-4)
wenig	34	(+1)
keine	8	(-)
Erhebungszeitraum	05.-09.11.	

Mittelverdiener (65 %) und Ostdeutsche (62 %) sowie Anhänger der Linkspartei (74 %) und der SPD (63 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (67 % zu 48 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (66 % zu 40 %).

Anhänger der FDP (51 %) und der AfD (48 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA	
USA	27	(+7)
Asylbewerber, Flüchtlinge	11	(-1)
Naher Osten, arabische Länder	11	(-1)
Syrien	9	(-)
Umwelt, Klima	6	(-3)
Russland	6	(-)
Handelskrieg	5	(-1)
Erhebungszeitraum	05.-09.11.	

Nach Meinung der Bundesbürger werden die USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Frauen (34 %), über 60-Jährige (32 %) sowie Anhänger der SPD und der Grünen (jew. 33 %) nennen die USA überdurchschnittlich häufig als größte Bedrohung für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	40	(-1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8	(-2)
Deutschland tut bereits genug	49	(+2)
Erhebungszeitraum	05.-09.11.	

Unter 30-Jährige, Personen mit hoher formaler Bildung (jew. 47 %) und 45- bis 59-Jährige (46 %) sowie Anhänger der Linkspartei (53 %), der Grünen (50 %) und der SPD (47 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind 30- bis 44-Jährige (14 %) und Ostdeutsche (13 %) sowie Anhänger der AfD (31 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Über 60-Jährige, Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (jew. 56 %) und Frauen (55 %) sowie Anhänger der FDP (59 %) und der Union (56 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	39	(-4)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16	(-2)
verhält sich alles in allem genau richtig	41	(+5)
Erhebungszeitraum	05.-09.11.	

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (50 %) und Ostdeutsche (44 %) sowie Anhänger der AfD (67 %) und der FDP (46 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (30 %) und der AfD (24 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Unter 30-Jährige (54 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (48 %) sowie Anhänger der Grünen (51 %), der Union und der Linkspartei (jew. 48 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	15 (-2)
Rückzugsankündigung von Angela Merkel, Nachfolgediskussion	14 (-5)
Seehofer als Innenminister, Rücktrittsankündigung	11 (+9)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	7 (+1)
Erhebungszeitraum	13.-14.11.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Themen "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen", "Rückzugsankündigung von Angela Merkel, Nachfolgediskussion" und "Seehofer als Innenminister, Rücktrittsankündigung".

Anhänger der AfD (46 %) nennen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen" überdurchschnittlich häufig.

Anhänger der Union und der AfD (jew. 19 %) erwähnen die Rückzugsankündigung von Angela Merkel bzw. die Nachfolgediskussion besonders oft.

Anhänger der Grünen (23 %) und der FDP (20 %) nennen das Thema "Seehofer als Innenminister, Rücktrittsankündigung" überdurchschnittlich häufig. Über 65-Jährige beschäftigen sich häufiger damit als unter 35-Jährige (17 % zu 4 %).

